

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

- 1. zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/7428 –**
- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Gerald Thalheim,
Anke Fuchs (Köln), Horst Sielaff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/7431 –**
- 3. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke,
Wolfgang Schmidt (Langenfeld), weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/7427 –**
- 4. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Günther Maleuda,
Dr. Christa Luft, Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Gregor Gysi
und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/7426 –**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Horst Sielaff, Dr. Gerald Thalheim,
Anke Fuchs (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/4205, 13/5333 –**

**Zukunft der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der EU-Agrarreform,
der Osterweiterung und GATT/WTO**

A. Problem

Im Zusammenhang mit der Zielsetzung von GATT/WTO und der damit verbundenen Schaffung von Freihandelszonen sowie der Osterweiterung der EU ist die Fortführung der EU-Agrarreform für die Zukunft der Landwirtschaft von entscheidender Bedeu-

tung. Für die kommenden Jahre wird eine Liberalisierung der Agrarmärkte erfolgen, was gleichbedeutend sein kann mit dem Abbau des Schutzes der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Hierdurch kann der „Agrarstandort Deutschland“ durch den zu erwartenden Angebotsdruck zunehmend gefährdet werden.

Durch die Einführung international einheitlicher Regelungen soll die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft gesichert werden. Daneben sollen auch die Rahmenbedingungen für den Umwelt- und Verbraucherschutz den Erfordernissen der multilateralen Handelsabkommen angepaßt werden.

B. Lösung

Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 13/7428.

Ablehnung der Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7431, 13/7427, 13/7426.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Annahme der Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7431, 13/7427 oder 13/7426.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/7428 – unverändert anzunehmen und
2. die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7431, 13/7427 und 13/7426 abzulehnen.

Bonn, den 25. Juni 1997

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Albert Deß
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Albert Deß

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 170. Sitzung am 8. April 1997 die Vorlagen behandelt und an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur federführenden Beratung überwiesen.

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7428 wurde zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union,

der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7431 an den Ausschuß für Wirtschaft und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,

der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7427 an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und

der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7426 an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

In der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. April 1997 wurde der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7431 nachträglich auch an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Im Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7428 wird anerkannt, daß durch die EG-Agrarreform die betroffenen Märkte entlastet und die Möglichkeiten einer umweltgerechten Bewirtschaftung verbessert wurden. Bei ihrer Durchführung sind die Berücksichtigung der Belange der neuen Bundesländer und der Schutz der Ausgleichszahlungen vor Währungsrisiken durchgesetzt worden.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert:

- für einen größeren Einfluß der Mitgliedstaaten auf die landwirtschaftliche Marktverwaltung, für die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und für eine bessere Nutzung des Agrarstandorts Deutschland einzutreten;
- weiter auf die mengensteuernden Maßnahmen zur Marktstabilisierung zu setzen;
- darauf einzuwirken, das Milchgarantiemengensystem der EU über den 1. April 2000 hinaus fort-

zuführen und die Preisdruckpolitik auf dem Milchmarkt aufzugeben;

- die anstehende Erweiterung der EU von der Beitrittsfähigkeit der MOE-Staaten abhängig zu machen;
- im Hinblick auf die nächste Verhandlung der WTO eine Verhandlungsposition der EU über weitere Öffnung der Agrarmärkte zu erarbeiten;
- die auf europäischer Ebene bestehenden Wettbewerbshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen abzubauen.

Im Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7431 werden die EU-Agrarreform und die Agrarpolitik der Bundesregierung als unzureichend kritisiert. Neben den Teilerfolgen wird auf neu geschaffene Fehlentwicklungen hingewiesen. Zur Erzeugung von qualitativ hochwertigen, gesunden Nahrungsmitteln wird gefordert, die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Verbesserung der Attraktivität der ländlichen Räume, die Erhaltung der biologischen Vielfalt, Verbesserung des Tierschutzes und Pflege der Kulturlandschaft als Ziele der Agrarpolitik aufzunehmen.

In den Entschließungsanträgen auf Drucksachen 13/7427 und 13/7426 wird die Agrarpolitik der Bundesregierung kritisiert. Die Bundesregierung wird aufgefordert

- Konzepte für eine Umgestaltung der EU-Agrarpolitik,
- Vorschläge zur Osterweiterung, die in der EU in bezug auf den Agrarbereich den Zielsetzungen hinsichtlich der Arbeitsmarktsicherung, Regionalentwicklung und des Umweltschutzes Rechnung tragen sowie
- ein klares Konzept für ihre nationale Agrarpolitik vorzulegen.

Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen zur Erweiterung der regionalen Entwicklungsplanungen vorzunehmen und im Rahmen der GATT- und WTO-Verhandlungen Schritte zum Umweltschutz einzuleiten.

III.

Der mitberatende Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner 61. Sitzung am 11. Juni 1997 die Annahme des Entschließungsantrages auf Drucksache 13/7428 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen und den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7431 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Gruppe der PDS und bei Ab-

wesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt sowie den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7426 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls abgelehnt.

Der mitberatende Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 57. Sitzung am 11. Juni 1997 die Annahme des Entschließungsantrages auf Drucksache 13/7428 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen und den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7431 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Gruppe der PDS abgelehnt. Ebenso wurde der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7427 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS sowie der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7426 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der mitberatende Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner 57. Sitzung am 4. Juni 1997 die Annahme des Entschließungsantrages auf Drucksache 13/7428 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen. Gleichzeitig wurde der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7431 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Gruppe der PDS abgelehnt. Ebenso abgelehnt wurde der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7427 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS.

Der mitberatende Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7431 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppe der PDS abgelehnt. Auch der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7426 wurde bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS einstimmig abgelehnt.

IV.

Bei der Beratung der Vorlagen des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der 76. Sitzung am 25. Juni 1997 gingen die Fraktionen übereinstimmend davon aus, daß nach der Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung der Vorlagen kein Aussprachebedarf mehr vorliege, da die jeweils unterschiedlichen Bewertungen der Fraktionen und der Gruppe als bekannt vorausgesetzt würden.

Der Ausschuß empfahl mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7428 anzunehmen.

Zu dem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7431 hat der Ausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Gruppe der PDS die Ablehnung empfohlen.

Zu dem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7427 hat der Ausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Zu dem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7426 hat der Ausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimme der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD ebenfalls die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Bonn, den 25. Juni 1997

Albert Deß

Berichterstatler

